

Bieber ohne Bau

Fremden Besitz sollte man idealerweise so behandeln, als wäre es der eigene – dieses Prinzip hat der kanadische Popstar **Justin Bieber**, 23, offensichtlich nicht verinnerlicht. In Beverly Hills will ihm deswegen niemand mehr ein



PLANET PHOTOS / DDP IMAGES

Haus vermieten. In der Vergangenheit hinterließ Bieber mehrere Mietobjekte der gehobenen Klasse in desolatem Zustand. Obwohl er jetzt offenbar mehr Geld bietet, als die Vermieter verlangen, muss er seit einiger Zeit in einem Luxushotel in Beverly Hills ausharren. Bieber, der mit 13 Jahren von einer Plattenfirma auf YouTube entdeckt wurde, bewarf 2014 das Haus seines damaligen Nachbarn in Calabasas, dem noblen Vorort von Los Angeles, mit Eiern. Wegen Vandalismus wurde der Teenieschwarm zu zwei Jahren Gefängnis auf Bewährung und einer Geldstrafe von 80 900 Dollar verurteilt. red

Vorbild Mama

Die französische Staatssekretärin für Gleichberechtigung, **Marlène Schiappa**, 34, seit wenigen Monaten im Amt, ist Lieblingsziel bössartiger Kritik. „Königin der Schlampen“ wird die junge Frau in der rechten Onlinezeitung „Atlantico“ beschimpft, ihr wird unterstellt, sie habe unter Pseudonym erotische Romane veröffentlicht. Die Politikerin setzt sich für das Recht auf künstliche Befruchtung für lesbische Paare ein und will Geldstrafen gegen Männer verhängen, die Frauen auf der Straße sexuell belästigen. Bis vor Kurzem schrieb sie das Blog „Maman Travaille“

(„Mama arbeitet“). Darin befasste sie sich mit alltäglichen Themen berufstätiger Mütter: „Milcheinschuss am Arbeitsplatz“ oder „Wie bringe ich Geschäftsreise und Scheidungstermin unter einen Hut?“. Als Staatssekretärin hat sie in ihrem Ministerium ein „Kinderbüro“ nach deutschem Vorbild eingerichtet: Mitarbeiter dürfen ihre Kinder mitbringen, wenn die Krippe streikt. Schiappa rät berufstätigen Müttern, nicht alles allein zu machen, und lebt das selbst vor: „Die Schule ruft mich nicht an. Die Lehrer wissen genau: Ich gehe nicht ans Telefon. Sie rufen gleich beim Papa an.“ pe



JULSTEIN BILD



CHRISTIAN THIEL / IMAGO

Der Augenzeuge

„Konsequenzen ziehen!“

Diego Faßnacht, 26, ist Vorsitzender der Jungen Union (JU) im Rheinisch-Bergischen Kreis. Auf einem bundesweiten Treffen der CDU/CSU-Nachwuchsorganisation forderte er einen prominenten Gast zum Rücktritt auf: Kanzlerin Angela Merkel.

„Dass ich so deutlich geworden bin, war eher spontan, aber es gibt eine Vorgeschichte zu meinem Auftritt: Ich hatte mit Unterstützung anderer JÜler rund 150 Plakate zum Deutschlandtag in Dresden mitgebracht, darauf stand: ‚Ergebnis aufarbeiten! Konsequenzen ziehen!‘ und ‚Inhaltlicher und personeller Neuanfang jetzt!‘ Vorher wurde uns gesagt, dass es in Ordnung sei, Plakate mitzubringen und hochzuhalten. Wir hatten schnell 110 Stück verteilt, dann wurde es offenbar ein paar JU-Freunden zu viel. Delegierte berichteten mir, dass ihnen die Plakate abgenommen worden seien. Das hat mich wütend gemacht, ich halte das für keinen guten Weg, mit Problemen umzugehen. Und davon gibt es gerade viele.“

Die CDU hat ihr konservatives Profil komplett schleifen lassen. Es geht mir zum Beispiel um Abschiebungen: Zehntausende in Deutschland sind unmittelbar ausreisepflichtig, aber nur wenige von ihnen müssen das Land verlassen. Oder um unsere Familienpolitik: Da wünsche ich mir ein viel stärkeres Eintreten der CDU für Maßnahmen wie ein Landesbetreuungsgeld. Angela Merkel symbolisiert die alte Politik, deswegen habe ich sie in Dresden gefragt, ob sie bereit sei, den Weg freizumachen für einen Neuanfang. Einige JÜler haben mich dafür ausgebaut. In den Tagen danach aber habe ich mehr als 300 Nachrichten per E-Mail, WhatsApp und Facebook erhalten, von Kollegen aus der CDU und der JU, aber auch von Fremden. Die Leute schrieben, sie freuten sich, dass da jemand aufgestanden sei. Schon in Dresden kamen geschätzte 30 bis 50 andere JÜler und schüttelten mir die Hand, sie sagten: Ich sehe das genauso wie du. Allerdings unterstützten viele von ihnen mich nicht offen, sondern am Rande der Sitzung, außerhalb der Halle, bei der Party. Ich erkläre es mir damit, dass von einigen Spitzenfunktionären nicht gewollt war, dass wir vor der Landtagswahl in Niedersachsen über einen möglichen Rücktritt Merkels diskutieren.

Die Kanzlerin beantwortete meine Frage leider nur mit dem Hinweis, dass sie demokratisch legitimiert sei, eine Regierung zu bilden. Ich glaube trotzdem, dass sich meine Frage gelohnt hat.“ Aufgezeichnet von Lukas Eberle